

Landtagsinfo vom 03.07.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

der Klimawandel geht auch in diesem Sommer unvermindert weiter. Das Wetter zeigt uns unerbittlich, was auf uns warten wird, wenn wir das 1,5 Grad-Ziel nicht erreichen sollten. Es ist eine große Herausforderung für uns Grüne, unsere mit den Kommunal- und Europawahlen gewonnene Stärke für noch ambitioniertere Klimaziele auf kommunaler (wir auf Landes-)Ebene zu nutzen. In diesen Tagen beginnen sich die neu gewählten Gemeinderäte zu konstituieren. Ich wünsche Euch eine glückliche Hand und die Kraft, die Euch zustehenden Positionen und Sitze zu erreichen. Und dann politisch kraftvoll in die neue Wahlperiode zu starten. Ein negatives Beispiel zeichnet sich in Schriesheim ab. Dort ist die Grüne Liste bekanntlich mit großem Abstand größte Fraktion geworden. Genau so groß ist der Abstand von „Stimmenkönigin“ **Fadime Tuncer** zu den Nächstplazierten. Sie hat deshalb völlig zu Recht den Anspruch angemeldet, Stellvertreterin des Bürgermeisters zu werden. Ganz ungerührt davon bewirbt sich auch der Fraktionsvorsitzende des Wahlverlierers CDU. Und die Reaktionen von FW, SPD und FDP lassen den Schluss zu, in Schriesheim könnte sich eine „Achse des Bösen“, der Wahlverlierer gegen Fadime Tuncer und die Grüne Liste bilden. Ich hoffe, dass diese Pläne durchkreuzt werden können. Jedenfalls ist die Aufregung in der Schriesheimer Stadtgesellschaft wegen dieser schlechten Wahlverlierer groß.

Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen, Euer Uli

Aus der Landespolitik

Antisemitismus – eine unterschätzte Gefahr auch in Baden-Württemberg!

Der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Michael Blume, hat dem Landtag von Baden-Württemberg seinen ersten Bericht vorgelegt. Darin warnt Blume davor, dass Antisemitismus kein Oberflächenphänomen sei, sondern weiter verbreitet als gemeinhin angenommen. Uli Sckerl: „Die 4 demokratischen Fraktionen des Landtags haben im Februar 2018 den Antisemitismusbeauftragten als Frühwarner vor dem Antisemitismus berufen. Mit unseren Warnungen vor einem Wiederanstieg der Judenfeindlichkeit haben wir leider Recht behalten“. Dr. Michael Blume: „Antisemitismus ist kein Oberflächenphänomen – sondern leider weiter verbreitet, als gemeinhin angenommen wird. Antisemitismus äußert sich nicht nur als Hass gegen Juden, sondern ist besonders gefährlich durch seine Verknüpfung mit Verschwörungsmythen. Antisemiten rechter, religiöser und linker Prägung stützen sich auf uralte Mythen über eine angebliche Weltverschwörung von Juden und Geheimbünden: Dabei werden häufig auch der Rechtsstaat und die Demokratie im Allgemeinen als Teil der vermeintlichen Verschwörung

abgelehnt. Wie zuvor schon mit dem Aufkommen des Buchdrucks und der elektronischen Medien flammt nun auch über digitale Medien diese besonders gefährliche Form des Hasses weltweit wieder auf. Dieser Hass greift Jüdinnen und Juden an – aber auch Demokratinnen und Demokraten und demokratische Institutionen, Minderheiten, Medien und Wissenschaften.“

Zahl antisemitischer Straftaten stark angestiegen

Der Anstieg antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr um knapp 40 Prozent zeige, dass sich der digital befeuerte Antisemitismus vermehrt in Straftaten ausdrückt. Ich bin der Meinung, dass wir schon zu viel haben durchgehen lassen, dass es aber noch nicht zu spät ist für entschiedene Gegenwehr. Ich setze mich dafür ein, dass der Bericht und die Handlungsempfehlungen in Öffentlichkeit, Medien und vor allem im Landtag wahrgenommen und breit diskutiert werden.

Hier der Link zum ersten Antisemitismusbericht:

https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/190701_StM_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_B-W.pdf

Datenschutz – wichtiger denn je!

Der Dreiklang und die richtige Balance zwischen Datensicherheit, Datenschutz und einem selbstbestimmten Umgang mit den eigenen Daten werden wichtiger denn je.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorbild für datensparsame und datenschutzgerechte Produkte und Anwendungen wird. Unser Ziel ist es, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, was mit ihren persönlichen Daten geschieht. Wir wollen Unternehmen vor Datenmissbrauch schützen. Bezogen auf den Staat stehen wir dazu, sehr genau zu prüfen, wo eine neue Sicherheitslage tatsächlich neue Eingriffsbefugnisse nach sich ziehen muss.

Wir haben den Datenschutz auch entscheidend gestärkt, indem wir die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg in eine eigenständige oberste Landesbehörde geschaffen haben. Wir wollen diese Politik der Stärkung des Datenschutzes auch im nächsten Doppelhaushalt fortsetzen.

Ein Jahr nach Einführung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung liegt nun der 34. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Stefan Brink, vor. Da Datenschutz uns alle angeht, möchte ich euch in dem heutigen Newsletter über den Inhalt informieren.

Datenschutz-Grundverordnung wirkt!

Der Bericht zeigt, dass allen Unkenrufen zum Trotz die DSGVO eine gute Wirkung entfaltet. Sie ermöglicht moderne Datenverarbeitung und stärkt gleichzeitig die Bürgerrechte, indem sie die Datenverarbeitung klug reguliert. Der Bericht macht außerdem deutlich, dass das sogenannte Marktortprinzip zu wirken beginnt: Das europäische Datenschutzrecht in Baden-Württemberg gilt auch für außereuropäische Unternehmen, wenn sie hier Waren und Dienstleistungen anbieten. Es werden im Zuge der DSGVO also auch Datenschutzverstöße der Big Player wie Facebook, Amazon & Co. geahndet. Damit haben wir alle eine Behörde, die unsere Grundrechte gegen Global

Player wirksam schützen kann. Rechtsfreie Räume im Datenschutz sind damit abgeschafft.

Auch das Bewusstsein für den Datenschutz ist in vielen Bereichen gewachsen. Intensive Beratungstätigkeit insbesondere bei Vereinen, Unternehmen und Behörden haben dazu beigetragen, dass es nicht - wie von mancher Stelle prophezeit – zu einer Abmahnwelle kam!

Wir haben dabei viel Verständnis für die Vereine, denen einzelne Vorschriften zu schaffen machen. Es freut mich deshalb sehr, dass dem Bericht zu entnehmen ist, dass auch diese Vereine auf einem guten Weg sind, die Herausforderungen zu meistern.

In letzter Zeit lesen wir immer wieder davon, dass Bußgelder durch die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit verhängt wurden. Es ist klar, dass für uns Beratung vor Bestrafung geht. Wer aus Unwissenheit Datenschutzverstöße begeht, benötigt vor allem Beratung. Klar ist aber auch, dass die Durchsetzung der Rechte manchmal auch wirksame Geldbußen erfordert.

Datenschutz im Zeitalter der Digitalisierung

Eine große Herausforderung in den nächsten Jahren ist die Digitalisierung. Die Erfassung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten hat dadurch massiv zugenommen. Die digitale Vernetzung ist tief in unser Alltagsleben vorgedrungen. Sie bringt riesige Chancen für unser Land: Teilhabe, neue Potenziale für Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Energieeffizienz.

Für uns GRÜNE ist aber immer klar, dass die Digitalisierung dem Menschen dienen muss! Nach diesem Prinzip muss jede Art von Technikfolgenabschätzung ausgerichtet sein. Deshalb gelingt der digitale Wandel nicht ohne Datenschutz! Er ist kein Hindernis, sondern vielmehr eine notwendige Bedingung. Denn der technische Fortschritt bringt zwar neue Möglichkeiten und viele Erleichterungen, aber erst die Einhaltung von Grundrechtsstandards stellt sicher, dass dadurch nicht die offene, freie und selbstbestimmte Gesellschaft verloren geht.

Landtag debattiert Lübcke-Mord

Am vergangenen Donnerstag befasste sich der Landtag unter der Fragestellung „Rechtsextremismus – die unterschätzte Gefahr“ auf Antrag der Grünen mit der Ermordung des hessischen CDU-Politikers Walter Lübcke und möglichen Hintergründen.

Die AfD ist in dieser Debatte zum wiederholten Male entgleist. Der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke hat nach Medienberichten 150 Euro an die AfD gespendet, versehen mit dem Vermerk: „WAHLKAMPFSPENDE 2016 GOTT SEGNE EUCH“. Damit hat Ernst seine Nähe zur AfD deutlich gemacht. Ich ziehe daraus jetzt keinen unmittelbaren Umkehrschluss. Tatsächlich aber trägt die AfD eine Mitverantwortung für das veränderte Klima in unserem Land, ein Klima der Ausgrenzung, der Intoleranz und des Hasses. Ein Klima, in dem Taten auf Worte folgen. Lübcke war der erste Politiker, der seit 1945 Opfer eines Täters aus der rechtsextremistischen Szene wurde. Zuvor gab es mehrere schwerletzte Politiker*innen wie die Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker, die im Oktober 2015 einem Messerattentat beinahe zum Opfer fiel. Der Täter hatte in früheren Jahren nachweisliche Kontakte in die neonazistische Szene. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fielen verschiedene Politiker*innen wie zuletzt vor über 30 Jahren Gerold von Braunmühl zum Opfer der linksterroristischen

RAF. Dem rechten Terror und Terrorismus fielen bislang schon rund 200 Menschen zum Opfer. Es ist unsere aller Aufgabe, gerade jetzt für demokratische Werte zu streiten und den Rechtsextremisten die Stirn zu zeigen!

AfD erstattet „Strafanzeige“ gegen Uli Sckerl

Die AfD erstattete vor geraumer Zeit Anzeige gegen mich wegen angeblichen Geheimnisverrats. Ich soll als Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das das Landesamt für Verfassungsschutz kontrolliert, geheimes Wissen an die Presse weitergegeben haben.

Die Vorwürfe der AfD wegen Geheimnisverrats sind an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Leider kann ich selbst keine Einzelheiten berichten, weil Angelegenheiten des PKG vertraulich zu behandeln sind. Laut einem Bericht der „Südwestpresse“ geht es um die Zugehörigkeit des AfD-MdL Klos zum sog. „Flügel“ der AfD. Der „Flügel“ ist eine vom Verfassungsschutz beobachtete Teilorganisation der AfD. Frontmann des „Flügels“ ist der Thüringer AfD-Rechtsaußen Björn Höcke.

Es soll laut „Südwestpresse“ um die Frage gehen, ob die Mitgliedschaft in einer vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation mit der Tätigkeit in der sog. G 10-Kommission vereinbar ist. Klos ist Mitglied dieser Kommission; er wurde von der AfD in dieses Gremium entsandt. Die Anzeige, so die Zeitung weiter, soll die Aufklärung des Falls, die das Parlamentarische Kontrollgremium in die Wege geleitet hat, blockieren.

Die G 10-Kommission wird vom Landtag bestellt und prüft die Rechtmäßigkeit der beantragten Maßnahmen der Brief-, Post- und Telekommunikationsüberwachung.

Umstrittene Standortentscheidung „Forschungsfertigung Batteriezelle“ für Münster

Die Bundesregierung will in der Batterietechnologie im internationalen Wettbewerb aufholen und kurbelt die Forschung mit 500 Millionen Euro an. Um zu klären, wo die „Forschungsfertigung Batteriezelle“ angesiedelt werden soll, hatte das Bundesforschungsministerium einen Standortwettbewerb ins Leben gerufen. Baden-Württemberg hatte sich mit dem Standort Ulm beworben.

Hauptforschungsstandort wird nun Münster in Nordrhein-Westfalen. Das hat die zuständige Bundesministerin Anja Karliczek (CDU) entschieden. Diese Entscheidung kommt überraschend, hatte die sogenannte Gründungskommission letzten Dienstag bei ihrer Sitzung im Bundeswirtschaftsministerium doch ein „eindeutiges Votum“ zugunsten der baden-württembergischen Bewerbung abgegeben. Aber mensch muss wissen: **Münster liegt direkt neben dem Wahlkreis der Ministerin! Ein Schelm, der.....**

Die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen haben nun die Standortwahl für die Batteriezellenforschung in Münster (Nordrhein-Westfalen) scharf kritisiert. In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beschwerten sie sich über die Entscheidung von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU). Man müsse vorher klarstellen, welche Bedeutung das Votum wissenschaftlicher Gutachter in einem solchen Verfahren habe. „Mit der Entscheidung für Münster, die wohl einen langwierigen Aufbau neuer Strukturen nach sich zieht, wird wertvolle Zeit im Wettlauf gegen Deutschlands Wettbewerber verloren“, heißt es außerdem in dem Schreiben an Merkel.

Deutschland könne sich nicht erlauben, die an den Standorten Ulm, Augsburg und Salzgitter vorhandenen Potentiale in Zukunft ungenutzt zu lassen. Die Regierungschefs Markus Söder (CSU/Bayern), Winfried Kretschmann (Grüne/Baden-Württemberg) und Stephan Weil (SPD/Niedersachsen) fordern Merkel auf, die Standortentscheidung nochmals zu prüfen und die fachlichen Gründe der Entscheidung „transparent und nachvollziehbar“ darzulegen.

Hier wird das Dachkonzept „Forschungsfabrik Batterie“ vorgestellt:

<https://www.bmbf.de/de/weitere-500-millionen-euro-fuer-batterien-made-in-germany-7711.html>

Aus dem Wahlkreis

Bewegung in Diskussion um die Zukunft des Hemsbacher Bildungszentrums

Kultusministerin im Gespräch mit Bürgermeistern und Abgeordneten

In die Diskussion um die Zukunft des Bildungszentrums des Schulverbands Nördliche Badische Bergstraße mit der Carl-Engler-Realschule und dem Bergstraßen-Gymnasium ist Bewegung gekommen. Auf Vermittlung der Abgeordneten Uli Sckerl (GRÜNE) und Julia Philippi (CDU) fand am Mittwoch, 26. Juni, ein Gespräch von Oberbürgermeister Manuel Just (Weinheim) und den Bürgermeistern Jürgen Kirchner (Hemsbach) und Hermann Lenz (Laudenbach) mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann statt.

Für den Schulverband Nördliche Bergstraße stellte BM Jürgen Kirchner die Situation des jetzigen Bildungszentrums dar, dessen Gelände bekanntlich eine hohe Bodenbelastung aufweist. Angesichts der Unwägbarkeiten von Sanierungs- und Bauarbeiten auf dem Gelände bat er um Unterstützung der Ministerin für den Antrag des Schulverbands, den jetzigen Standort aufgeben zu können, um in der Folge an neuem Standort ein Bildungszentrum neu zu errichten. OB Just und BM Hermann Lenz unterstützen ihren Kollegen mit Nachdruck. Die Kultusministerin – selbst lange Jahre als Schulbürgermeisterin der Stadt Stuttgart tätig – zeigte großes Verständnis für die Situation der drei Kommunen. Diese müssten eigentlich aufgrund geltender Regelungen das an sich sanierungsfähige Gebäude sanieren, hätten aber wegen der außerordentlich hohen Bodenbelastung des Geländes in diesem Fall sehr hohe Kosten zu stemmen. Diese müssten von den Kommunen allein getragen werden. Vor Ort hat man sich deshalb als einzige mögliche Lösung für einen Neubau an anderer Stelle entschieden. Ministerin Eisenmann stellte nun in Aussicht, dass der Antrag des Schulverbands auf Aufgabe der beiden bestehenden Schulgebäude und die Förderung eines Neubaus von der Kultusverwaltung geprüft wird. Grundsätzlich seien zwar sanierungsfähige Gebäude zu sanieren. Die Beurteilung des Baugrunds falle nicht in die üblichen Aufgaben der Kultusverwaltung. Sie sagte zu, sich jedoch in diesem Fall für eine detaillierte Prüfung der Gegebenheiten vor Ort zu bemühen, um der besonderen Situation des Schulverbands gerecht zu werden.

Just, Kirchner und Lenz begrüßen diese Zusage ausdrücklich. Die Prüfung der Standortaufgabe mit den sich ggf. daraus ergebenden Fördermöglichkeiten sei ein wichtiger erster Schritt für einen zukunftsfähigen Schulstandort, so die drei Bürgermeister übereinstimmend. Die beiden Landtagsabgeordneten Julia Philippi und Uli Sckerl versicherten, dass sie sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Kommunen einen Schulneubau finanziell stemmen können.

Variante- entscheidung ist gefallen!

*Veranstaltung des
Projektbegleit-
kreises
Radschnellweg HD-
MA vom 25.6.2019*

Der „Projektbegleitkreis Radschnellweg HD-MA“ hat sich zu seiner 2. Sitzung am vergangenen Dienstag getroffen. Der Begleitkreis ist ein aus unserer Sicht gelungenes Projekt zur Bürger*innen- und Kommunal-Beteiligung bei der Planung. Unter den Akteuren aus Politik, Umweltverbänden und Landwirtschaft waren zum ersten Mal auch 20 sog. „Zufallsbürger*innen“ aus den von der Trassenführung des Radschnellwegs betroffenen Gemeinden eingeladen worden.

Es wurden **drei Vorzugsvarianten** für den Radschnellweg erarbeitet. Die Varianten der Wegführung wurden unter Zugrundelage von Bewertungskriterien wie Verkehr, Umwelt und Kosten überprüft:

Die **Variante 1** war die konfliktstärkste Streckenführung. Von Mannheim direkt über Friedrichsfeld nach HD-Wieblingen. Hier gab es den größten Flächenbedarf und Eingriffe in Privatgrund, Eingriffe in FFH-Gebiete.

Diese Variante wurde daher nicht mehr weiterverfolgt.

Die **Variante 2** war zwar konfliktarm, aber ohne Ausnahmen und Eingriffe in prioritäre Lebensräume im FFH-Gebiet und Eingriffe in Lebensstätten des Feldhamsters nicht so umzusetzen.

Die **Variante 3** wurde mit den geringsten Konflikten vorgestellt, u.a. mit dem geringsten Flächenverbrauch.

Das Ergebnis war eine **Kombilösung aus Variante 2 und 3**. Diese wurde als Vorzugsvariante vorgestellt mit der Möglichkeit weiterer

Optimierungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Konflikten. Diese verläuft von Mannheim bis Ilvesheim-Ladenburg nördlich des Neckars über die noch zu bauende Neckarbrücke, über die Seckenheimer Hauptstraße und die neue L597 (Friedrichsfeld-Ladenburg) Richtung Edingen an der RNV Linie 5 bis zum Wasserturm nach Heidelberg weiter. Dieser Streckenverlauf ist hinsichtlich Kosten, Eingriffe in die Natur am konfliktärmsten.

Auch die Kombi-Lösung enthält problematische Aspekte, wie z.B. die häufigen Kreuzungen. Die gewünschte „Radautobahn“ wird so nicht kommen. Die Wegführung so kreuzungsfrei wie möglich zu gestalten ist kaum realisierbar.

Bei der Verkehrsregelung sollen RadfahrerInnen allerdings Vorfahrt haben.

Bei der Streckenführung wird versucht so viel bestehende Wege auszubauen, statt neue zu bauen. Die Kombi-Lösung ist daher ein „Radschnellweg-Light“

Alle Varianten und die vom RP bevorzugte Kombi-Lösung können hier eingesehen werden:

<https://www.radschnellweg-hd-ma.de/radschnellverbindung>

Bei einer weiteren Veranstaltung am 24. Juli, 18 Uhr (Einlass 17 Uhr) in der Kulturhalle in Mannheim-Feudenheim wird das Projekt im Detail öffentlich vorgestellt.